

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

*Sitzungsdokument*

10. April 2002

B5-0200/2002 }

B5-0205/2002 }

B5-0223/2002 }

B5-0233/2002 }

RC1

## **GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht gemäß Artikel 50 Absatz 5 der Geschäftsordnung von

- Geoffrey Van Orden, Jacqueline Foster, Philip Charles Bradbourn, Malcolm Harbour, Timothy Kirkhope im Namen der PPE-DE-Fraktion
- Pervenche Berès, Jillian Evans, Martine Roure, Danielle Darras, Gilles Savary im Namen der PSE-Fraktion
- Baroness Sarah Ludford, Chris Davies, Dirk Sterckx im Namen der ELDR-Fraktion
- Jean Lambert, Alima Boumediene-Thiery, Pierre Jonckheer, Heide Rühle, Patsy Sörensen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- PPE-DE (B5-0200/2002),
- ELDR (B5-0205/2002),
- Verts/ALE (B5-0223/2002),
- PSE (B5-0233/2002),

zum Problem der Flüchtlinge und der Behinderung des Güterbahnverkehrs durch den Ärmelkanal-Tunnel

RC\466204DE.doc

PE 317.146}

PE 317.151}

PE 317.169}

PE 317.179} RC1

**DE**

**DE**

## **Entschließung des Europäischen Parlaments zum Problem der Flüchtlinge und der Behinderung des Güterbahnverkehrs durch den Ärmelkanal-Tunnel**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf die Behinderungen des Güterbahnverkehrs durch den Ärmelkanal-Tunnel seit November 2001 und die wiederholte Einstellung des gesamten Güterbahnverkehrs durch den Tunnel im vergangenen Monat wegen der Versuche von Einwanderern, die nur illegal ins Vereinigte Königreich kommen können, auf die Züge zu gelangen,
  - in der Erwägung, dass trotz gemeinsamer Bemühungen der französischen und der britischen Regierung, um Verhinderung der illegalen Durchquerung des Tunnels, die sich als unwirksam herausgestellt haben, die großen Schwierigkeiten am Eingang des Ärmelkanal-Tunnels mehr und mehr zunehmen,
  - unter Hinweis darauf, dass die französischen und britischen Behörden unterlassen, für angemessene Sicherheit des Bahnfracht-Terminals Calais-Frethun zu sorgen,
  - in Kenntnis des Urteils eines französischen Gerichts vom 1. Februar 2002, einen Antrag von Eurotunnel auf Schließung des Flüchtlingszentrums Sangatte, das nur etwa 1 Meile vom Frachtterminal und vom Tunneleingang entfernt liegt, abzulehnen,
  - in der Erwägung, dass bei der Lösung dieser Schwierigkeiten die eigentlichen Ursachen für diese Situation angegangen werden müssen, nämlich die Anwesenheit illegaler Einwanderer und Asylbewerber in unmittelbarer Nachbarschaft zum Ärmelkanal-Tunnel, die täglich und in großer Zahl versuchen, durch den Tunnel in das Vereinigte Königreich zu gelangen, und das Fehlen einer angemessenen Reaktion,
  - unter Hinweis auf das Binnenmarkterfordernis des freien Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten der EU und auf die Tatsache, dass Züge aus Italien, Deutschland, Spanien und anderen EU-Mitgliedstaaten sowie aus Frankreich und dem Vereinigten Königreich nachteilig betroffen sind,
- A. in der Erwägung, dass das Problem der Asylbewerber in der Region Calais kein neues Problem ist und dass die britische und die französische Regierung seit über zwei Jahren von der Verschlimmerung der Situation wissen und keine wirksamen Maßnahmen ergriffen haben,
- B. in der Erwägung, dass mindestens neun Personen bereits bei dem Versuch, illegal durch den Ärmelkanal-Tunnel zu gelangen, ums ihr Leben gekommen sind und dass die große Gefahr besteht, dass es zu weiteren Toten und Unfällen im Tunnel kommt,
- C. in der Erwägung, dass die Folgen dieser Situation für den Handel und die Wirtschaft sehr nachteilig sind, dass rund 8.000 Arbeitsplätze bedroht sind und die Verluste für die Wirtschaft wöchentlich 12 Mio. Euro betragen dürften; ferner in der Erwägung, dass sich

RC\466204DE.doc

PE 317.146}  
PE 317.151}  
PE 317.169}  
PE 317.179} RC1

diese Entwicklungen auf private Betreiber wie Eurotunnel besonders nachteilig ausgewirkt haben und Verluste in Höhe von 30 Mio. Euro unmittelbar auf die Störung des Betriebs sowie Kosten in Höhe von weiteren 8 Mio. Euro auf zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen zurückzuführen sind,

- D. in der Erwägung, dass die Bahnbetreiber keinen sicheren und verlässlichen Bahnverkehr zwischen Kontinentaleuropa und dem Vereinigten Königreich gewährleisten können und dies bedeutet, dass zusätzlich 2.250.000 Lastkraftwagenkilometer wöchentlich anfallen, was deutlich negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Sicherheit hat,
- E. in der Erwägung, dass die gegenwärtigen einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften nicht gestatten, hinreichend auf die mit der Anwesenheit von illegalen Einwanderern in der Nähe des Ärmelkanal-Tunnels zusammenhängenden Schwierigkeiten zu reagieren, und in der Erkenntnis, dass ein sensibler praktischer und wirksamer Ansatz von der britischen und der französischen Regierung beschlossen und mit den anderen EU-Mitgliedstaaten koordiniert werden muss,
1. macht auf die kritische und sich verschlimmernde Situation am Ärmelkanal-Tunnel aufmerksam, die dringend Maßnahmen der zuständigen Behörden erfordert, um so rasch wie möglich wieder normale Bedingungen herzustellen;
  2. ist der Auffassung, dass langfristig befriedigend auf diese Schwierigkeiten nur mit der eines humanen Ansatzes in der Asyl- und Einwanderungspolitik reagiert werden kann;
  3. ist der Auffassung, dass die langfristige Lösung in einer europäischen Asyl- und Einwanderungsregelung mit einer Aufgabenverteilung zu suchen ist, liegt und fordert daher unverzügliche Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Asylgesuche fair und rasch geprüft, Menschenschmuggler und illegale Einwanderer aber wirksam abgeschreckt werden;
  4. fordert die britische und die französische Regierung auf, eine Lösung bei der Behandlung der Asylanträge im Asylantenzentrum Sangatte zu finden und eine wichtige Rolle bei der Entwicklung weiterer gemeinschaftlicher Maßnahmen zu übernehmen;
  5. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung dem Rat und der Kommission sowie der britischen und der französischen Regierung zu übermitteln.